

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 4

Charlottenburg, Freitag, den 28. Januar 1910

Jahrg. 37

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Colditz (A.-G.). Mannheim. Stogheim. Ilmenau (Schumann & Klett).

Halbsperrern in Deutschland: Alexandrintal (Rechnagel). Altwasser (C. Tielsch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszell. Langwiesen (Schlegelmilch). Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Svijan-Podol (Kydil & Thon).

Gewerbegerichte und Einigungsämter.

Von den sämtlichen Gerichtsorganisationen in Deutschland sind es die Gewerbegerichte, die sich das Vertrauen und die Anerkennung der Arbeiterschaft erworben haben. Die Grundlage dieses Vertrauens bildet zunächst schon ihre Organisation und Zusammensetzung, sodann aber auch ihre Tätigkeit, die natürlich von dieser beeinflusst wird.

Die Gewerbegerichte beschäftigen sich nicht nur mit Streitfragen aus dem alltäglichen Leben des Arbeiters, sondern diese betreffen auch Angelegenheiten, die mit den wichtigsten Interessen der Arbeiter zusammen fallen, die verschiedenen Seiten des Arbeitsverhältnisses, die bestimmend für die Gestaltung der Arbeiterexistenz sind. Und bei der Entscheidung dieser Streitfragen kann nun der Arbeiter als Mitglied des Gewerbegerichts, als Gewerberichter, mitwirken und durch seine Sachkunde, die dem gelehrten Berufsrichter abgeht, den Entscheid zugunsten des rechtlichenden Arbeiters beeinflussen. Eine reiche und vieljährige Praxis hat gelehrt, daß der Arbeiter als Gewerberichter nicht in parteilicher Weise seinem klagenden Klassengenossen unter allen Umständen recht gibt, sondern daß er objektiv bleibt und den Arbeiter mit seiner Klage abweist, wenn er damit im Unrecht ist. Es erkennen denn auch alle objektiv urteilenden bürgerlichen Kreise, die auf diesem Gebiet unterrichtet sind, vorbehaltlos und offen die völlige Objektivität des Arbeiters als Gewerberichter an.

Eine gute Folge haben diese Erfahrungen bis jetzt gehabt, nämlich die teilweise Heranziehung der Arbeiter auch zu den Schöffens- und Schwurgerichten, die ja weit weniger das Vertrauen des arbeitenden Volkes genießen, da sie einseitig zusammen gesetzte bürgerliche Gerichte, Klassengerichte gegen die Arbeiter sind.

Dagegen werden die Arbeiter, namentlich in Preußen, unter der Gewaltherrschaft einer mächtigen und herrschsüchtigen, reaktionären und volksfeindlichen Bureaucratie, hinter der als stärkstes Bollwerk das gesamte Junkertum mit Einschluß der Regierung und der Justiz steht, von allen öffentlichen Funktionen systematisch ausgeschlossen. Es sei nur daran erinnert, daß in ganz Preußen kein Sozialdemokrat Mitglied einer Schulbehörde sein darf und daß die oberen Verwaltungsbehörden bis jetzt noch immer solche Wahlen durch die Gemeindebehörden als ungültig

erklärt oder den in die Schulbehörden gewählten Sozialdemokraten die Bestätigung verweigert haben.

Die Gewerbegerichte haben sich vortrefflich entwickelt, namentlich seitdem das revidierte Gesetz von 1901 ihre Einführung für alle Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch machte und dadurch eine größere Anzahl derselben, die diese Institution noch nicht besaßen, gezwungen wurden, solche einzuführen. Wie diese Bestimmung wirkte, geht daraus hervor, daß im Jahre 1900 316 Gewerbegerichte bestanden, 1903 aber 373, 1905 406 und 1907 444, eine Vermehrung um 128 in 7 Jahren. Die Zahl der anhängig gemachten Streitfälle stieg von 1900 bis 1907 von 84 164 auf 115 586, um mehr als ein Drittel. Davon entfielen auf die Arbeiter 75 761 und 105 585 Klagen, die sie gegen Unternehmer, 335 und 403, die sie gegen Mitarbeiter erhoben, und die Zahlen der Klagen, die Unternehmer gegen Arbeiter erhoben, sind für die zwei angeführten Jahre 8068 und 9598; die Klagen der Arbeiter gegen Unternehmer haben sich um fast die Hälfte vermehrt, während die gegen Mitarbeiter nur eine geringe Vermehrung erfahren haben und deren Gesamtzahl geradezu bedeutungslos ist und hinter den 105 000 Klagen der Arbeiter gegen Unternehmer völlig verschwindet. Es erscheint daher um so frivoler, wenn Scharfmacher scharfe Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen ihre Mitarbeiter fordern und man darf da mit vollem Rechte sagen: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“ Auch die Klagen der Unternehmer gegen Arbeiter haben nur eine bescheidene Vermehrung erfahren und verschwinden völlig gegenüber den gegen sie erhobenen Arbeiterklagen.

Die riesengroße Zahl der Arbeiterklagen gegen Unternehmer, die sich nicht nur Jahr für Jahr wiederholen, sondern stets noch eine weitere Vermehrung erfahren und die in ihrer Gesamtheit alle Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses betreffen, beweisen, wie viel Vergewaltigung, Benachteiligung und Unrecht überhaupt von Unternehmenseite das Jahr hindurch und immer wieder aufs neue gegen Arbeiter verübt und in welchem großen Umfang diese geschädigt werden. Da die Arbeiter in den meisten Fällen ganz oder zum Teil vor den Gewerbegerichten Erfolg erzielen, so geht daraus hervor, daß die große Mehrzahl ihrer Klagen begründet sind. Beachtenswert ist ferner, daß lange nicht alle Fälle der gesetzwidrigen Uebervorteilung durch Unternehmer von den geschädigten Arbeitern zum Gegenstand einer Klage vor dem Gewerbegericht gemacht werden und manches Unrecht aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel Gleichgültigkeit, Scheu vor dem Gericht, Schwierigkeit der Beweisführung usw., stillschweigend ertragen wird, so wird klar, wie ungesund und auf die Dauer unhaltbar auch von diesem Standpunkt aus die privatkapitalistische Produktion, das private Arbeitsverhältnis für die Arbeiterklasse ist. —

Dem Streitwerte nach entfielen die meisten Klagen immer auf Forderungen bis zu 20 Mk., die aber für den arbeits- und mittellosen Arbeiter von größtem Werte sind. Auf jeden Fall beweisen sie die Notwendigkeit der raschen und billigen Rechtssprechung, wie die Gewerbegerichte sie bieten. So entfielen im Jahre 1907: 52 692 Klagen auf Beträge bis zu 20 Mk., 33 347 bis zu 30 Mk. und 16 074 auf über 30 bis 100 Mk. In 48 348 Fällen kam es zu Vergleichen, in 2972 zum Verzicht im Sinne des § 306 der Zivilprozessordnung, in 1673 zum Anerkennnis, in 11 686 zu Versäumnisurteilen und in 19 011 Fällen zu „anderen Endurteilen“. In 581 Fällen wurde gegen den Gewerbegerichtsentscheid Berufung eingelegt.

Die 444 Gewerbegerichte hatten im Jahre 1907 ein gewaltiges Stück Arbeit zu bewältigen. Im Durchschnitt waren von jedem 260 Fälle zu erledigen. In den letzten zwei Jahren — 1908 und 1909 — dürfte die Inanspruchnahme der Gewerbegerichte weitere Ausdehnung erfahren haben.

Naturgemäß ist die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter eine viel bescheidenere als die auf dem Gebiet der Rechtsprechung, aber darum eine nicht minder wichtige.

Im Jahre 1896 waren 272 „Anrufungen“ zu verzeichnen, 1900: 267, 1902: 144, 1905: 350, 1906: 493 und 1907: 339. Die Zahlen schwanken erheblich von Jahr zu Jahr, woraus aber keinerlei Schlüsse darauf gezogen werden können, daß sich die Einigungsämter nicht bewährt hätten. Diese Schwankungen haben vielmehr in einer ganzen Reihe anderer Faktoren ihre Ursachen. Es gibt nicht in jedem Jahre gleich viel Lohnkonflikte in den einzelnen Gemeinden, wo Gewerbegerichte bestehen; es besteht nicht in allen Gewerben die gleiche Möglichkeit dafür, Konflikte direkt zwischen den einzelnen Parteien auszutragen oder die Intervention des Einigungsamtes in Anspruch zu nehmen und es sind nicht jedes Jahr die gleichen Berufsgruppen, die Lohn- oder Streikbewegungen haben. Wesentlich für die Wertschätzung und das Vertrauen, die sich die Einigungsämter in den beteiligten Kreisen erworben haben, ist der Umstand, daß sie häufig von beiden Parteien angerufen werden, so im Jahre 1907 in 180 (1906: 253) Fällen, während von den Arbeitern allein die Anrufung in 150 (1906: 234) und von den Unternehmern in 9 (6) Fällen erfolgte. Von Interesse ist das seltene Vorkommen der einseitigen Anrufung des Einigungsamtes durch die Unternehmer.

Wichtig zur Beurteilung der sozialen Bedeutung der Einigungsämter ist ihr Erfolg. Von einer gewissen Seite ist nun darüber absprechend geurteilt worden, wozu aber unseres Erachtens kein triftiger Grund vorliegt. So sind in 1907 von den 339 Fällen 135 durch Vereinbarungen (1906 von 493 deren 195) erledigt worden 51 (38) durch Schiedsspruch, während 78 (20) unerledigt blieben. So bleibt allerdings ein weiterer Rest, über den das statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches, dem wir die Angaben entnehmen, keine nähere Aufklärung enthält. Dem Schiedsspruch unterwarfen sich in 39 (29) Fällen beide Parteien, in 7 (3) nur die Unternehmer, in 2 (4) nur die Arbeiter, während er in 3 (2) Fällen von keiner Partei akzeptiert wurde. In 25 (33) Fällen gaben die Einigungsämter Gutachten ab, in 6 (8) stellten sie Anträge.

Im Jahre 1907 wurden demnach zusammen 174 Fälle, die größere Hälfte der Gesamtzahl von 339, durch Vereinbarungen oder von beiden Parteien angenommene Schiedssprüche erledigt. Dieser Erfolg der einigungsamtlichen Tätigkeit darf als befriedigend bezeichnet werden. Man muß sich eben vergegenwärtigen, daß in sehr vielen Fällen das Einigungsamt angerufen wird, wenn die direkten Verhandlungen der beiden Parteien miteinander gescheitert sind und die Situation verschärft und kritisch geworden ist. So verdient die Tätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter ebenfalls unsere Anerkennung.

In bezug auf die zukünftige Gestaltung der einigungsamtlichen Tätigkeit der Gewerbegerichte möchten wir noch hervorheben, daß sie infolge der fortschreitenden Ausdehnung des Geltungsbereiches der Tarifverträge von einem Orte auf einen ganzen Bezirk, auf eine Provinz oder das ganze Reich eine erhebliche Einschränkung erfahren werden, während oder gleichzeitig ihr selteneres Eingreifen entsprechend höhere Bedeutung gewinnt.

Die Gewerbegerichte und Einigungsämter gehören ihrem Wesen nach zu den besten sozialpolitischen Schöpfungen, die aber für niemanden eine besondere Belastung bilden, dagegen eine geradezu gemeinnützige Wirksamkeit entfalten. Daran mag man auch denken angesichts der Hezereien der Scharfmacher und des neuen kapitalistischen Hansabundes gegen die Weiterführung der sozialen Gesetzgebung und gegen die Sozialpolitik überhaupt.

Verbands-Angelegenheiten

An die Zahlstellenverwaltungen.

Gemäß § 5 A, Ziffer 2 des Statuts haben die Zahlstellenverwaltungen den wöchentlichen Durchschnittsverdienst jedes einzelnen Mitgliedes aus dem Jahresverdienste desselben zu berechnen und die Höhe des Verbandsbeitrages für das Jahr 1910 festzusetzen und bis spätestens 31. Januar dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Die Verwaltungen werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß nicht, wie es bisher üblich war, die Beiträge von sämtlichen Mitgliedern angegeben werden brauchen, sondern nur von denjenigen Mitgliedern, bei denen sich auf Grund ihres Verdienstes pro 1909 der Verbandsbeitrag gegenüber dem des verfloffenen Jahres erhöht oder vermindert hat. W. Herden.



Ueber die Porzellanindustrie im Jahre 1909 enthält das „Fachblatt“ folgende Betrachtung: „Während im Jahre 1907 die durchschnittliche von Porzellan-Aktienfabriken verteilte Dividende 11,5 pCt. betrug, ergab das Jahr 1908 nur eine solche von 8,8. Im vergangenen Jahre verteilten in den ersten 11 Monaten die Aktiengesellschaften nur eine Durchschnittsdividende von 6,4 pCt. Ein lichter Punkt zeigt sich allerdings seit den Herbstmonaten in der Entwicklung des Auslandsgeschäftes, das die finanzielle Lage der Porzellanindustrie in den beiden letzten Jahren sehr ungünstig beeinflusst hat. Neben einem starken Rückgange der Ausfuhrmenge konnte das Auslandsgeschäft nur unter äußerst ungünstigen Preisen aufrecht erhalten werden. Im Jahre 1908 wies das Auslandsgeschäft eine Einbuße von rund 11,64 Millionen Mark auf, und in den ersten 8 Monaten des Jahres 1909 ergab sich im Vergleich zu dem schon ungünstigen Vorjahre ein weiterer Verlust von rund 16,5 Millionen Mark, von denen 2 Millionen Mark allein auf den Monat August entfielen. Im Monat Oktober trat indessen ein Umschwung zur Besserung ein, hauptsächlich infolge Auflebens des amerikanischen und englischen Geschäftes. Den Hauptausfall zeigt die Ausfuhr an Tafelgeschirr, die mit rund 60 000 Doppelzentnern im Rückstande ist, und mit 249 926 Doppelzentnern überhaupt den Schwerpunkt der gesamten Ausfuhr bildet. Hierbei hatte der Doppelzentner bis August eine Entwertung von 165 auf 90 Mt. erfahren, während zurzeit der Einheitspreis wieder um rund 10 Mt. gestiegen ist.“ — Eine allmähliche Hebung der Geschäftslage in der Porzellanindustrie lassen auch die Zahlen der Arbeitslosen in unserem Verbands erkennen. Bereits in der letzten Nummer unseres Blattes führten wir an, daß unter 10 549 Mitgliedern im letzten Vierteljahr 1909 499 arbeitslose Kolleginnen und Kollegen gezählt wurden. Im vierten Quartal 1908 dagegen kamen auf 11 641 Verbandsmitglieder 906 Arbeitslose. Es ist also eine Besserung eingetreten, wie denn auch im allgemeinen die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeiter auch in anderen Industrien größere geworden sind. Aber noch ist nicht im entferntesten daran zu denken, von einer Gesundung der wirtschaftlichen Lage zu sprechen. Die Wunden, welche die Krise namentlich den Arbeitern schlug, sind noch offen und es läßt sich mit der größten Hoffnungsfreudigkeit nicht voraus sagen, ob die Entwicklung zum Besseren lange anhalten wird. Jedenfalls haben die Kollegen und Kolleginnen alle Ursache, sich durch die Stärkung ihrer Organisation auf die mit Bestimmtheit wieder kommenden schlechten Zeiten zu rüsten.

Freienorla. Uns wird geschrieben: Wie schon vor Jahren, so findet man auch jetzt noch keine guten Verhältnisse hier, denn sehr häufig kommt es vor, daß wegen Mangel an Kohlen oder aus anderen Gründen zwei bis drei Tage ausgefetzt werden muß. Trotzdem wollte aber der Oberdreher, welcher vor einem halben Jahre von Reichenbach hierher gekommen ist, einführen, daß Sonnabends bis 1/20 gearbeitet werden sollte, während bis jetzt nur bis 4 Uhr gearbeitet wurde. Auch drohte der „Ober“ öfters mit allerlei Strafen und Abzügen. Er weiß, wie es scheint, nicht einmal was vom Lohn abgezogen werden darf. Trotzdem daß ausgefetzt wird, werden immer noch Leute eingestellt. Wegen dieser Verhältnisse sind nun die Kollegen bei der Firma vorstellig geworden. Die Firma erklärte, daß ihr die Kohlen immer zu spät geliefert würden und daß die Arbeitsverlängerung für den Sonnabend geregelt werden solle. Es bleibt nun abzuwarten, was die Zukunft bringt. Jedenfalls sollten fremde Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, sich erst genau nach den Verhältnissen erkundigen.

Staffel. Die Steingutfabrik Staffel, die erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit in den Besitz der Aktiengesellschaft „Deutsche Steingutfabrik vormals Gebr. Hubbe“ übergegangen war, steht vor einem neuen Wechsel ihrer formalen Besitzer. Die Gesellschaft Gebr. Hubbe, die 50 000 Mt. an dem Staffeler Unternehmen stehen hatte, scheint froh zu sein, wenn sie bei der Geschichte ohne Verlust abschneiden könnte. So berichtet die Gesellschaft u. a. in dem Börsenteil eines berliner Blattes: „Es ist der Gesellschaft gelungen, diesen Verkauf, vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung, ohne jeden Verlust zu vollziehen, trotzdem vor

zirka einem Jahre durch eine schwere Hochwasserüberschwemmung der Steingutfabrik Staffel ein Schaden von rund 70 000 Mk. erwachsen ist. Abgesehen von der Möglichkeit erneuter Hochwassergefahr würde die Aufrechnung der Subbe-Gesellschaft durch die zum rationellen Betriebe des Staffeler Unternehmens erforderlichen Mittel zu stark beeinträchtigt werden, zumal da die durch die leztthin vorgenommene Reorganisation herein gekommenen Varmittel zum Betriebe beider Unternehmen nicht ausreichen würden. Aus allen diesen Gründen empfiehlt die Verwaltung der außerordentlichen Generalversammlung den Wiederverkauf der Anteile der Steingutfabrik Staffel G. m. b. H.

— Es kann nicht Wunder nehmen, daß die Gesellschaft Gebr. Subbe mit ihren Mitteln nicht in stande ist, beide Betriebe aufrecht zu erhalten, respektive das Unternehmen in Staffel in die Höhe zu bringen. Gleich nach der lezten Aussperrung, welche die Firma Gebr. Subbe veranlaßte und deren Durchführung dem Unternehmen ein tüchtiges Stück Geld kostete, zeigte sich die Notwendigkeit, für den Betrieb in Neuholdensleben neue Gelder aufzunehmen, so daß das Experiment mit Staffel umso mehr Verwunderung erregen mußte. — Wer wird nun der Nächste sein, der sein „Glück“ in Staffel versucht?

Vermischtes

Im Reichstag wurden in den lezten Tagen seiner Sitzungen drei Interpellationen besprochen, deren Inhalt und Ergebnis auch für das gewerkschaftliche Leben von Bedeutung ist. Dabei kommt in erster Linie die Entschädigung der durch die neuen Tabaksteuern arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter in Betracht. Auf vieles Drängen der Arbeitervertreter im Reichstag warf derselbe bei der Schaffung der neuen Tabaksteuern für die Unterstützung der dadurch arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter die Summe von 4 Millionen Mark aus. Wie das nun aber in unserem so streng bürokratisch geleiteten Preußen-Deutschland nicht anders zu erwarten war, wurde die Auszahlung einer solchen Unterstützung von so vielen Voraussetzungen, Umständen und Innehaltungen überflüssiger Formalitäten abhängig gemacht, daß viele der dazu berechtigten Arbeiter überhaupt nicht in den Besitz einer Unterstützung kamen. Deswegen von sozialdemokratischer Seite interpelliert, suchte die Regierung allerlei Entschuldigungsgründe vorzubringen um dann zuletzt zu versprechen, daß man sich ein wenig bessern wolle. Besonders interessant an dieser Debatte war das Zugeständnis des Zentrums, daß es deswegen bereit war, nur 4 Millionen Mark Entschädigung für die arbeitslosen Tabakarbeiter zu bewilligen, um durch höhere Forderungen für die Arbeiter nicht die ganze Tabaksteuer zu gefährden! —

Auch bei der Interpellation, die die sozialdemokratische Fraktion über das einseitige Eingreifen der Regierung und des Militärs in den Kampf der Bergleute in Mansfeld gegen die allmächtige Bergwerksdirektion führen mußte, an die Regierung richtete, blamierte sich das Zentrum so gut es nur irgend konnte. In dem scharfmacherischsten Ton, den man sich denken konnte, suchte der seit drei Jahren zur katholischen Kirche übergetretene Abg. Fleisch er die Brutalitäten, die bei diesem Kampf gegen die Arbeiter verübt wurden, zu rechtfertigen. Fleisch er ist Angestellter der katholischen Fachvereine. Als solcher lebt er in bitterer Feindschaft mit den christlichen Gewerkschaftlern, deren Führer Giesberts, ebenfalls Zentrumsabgeordneter, seinen Fraktionsgenossen Fleisch er vor dem ganzen Reichstag bis auf die Knochen blamierte, indem Giesberts erklärte, daß die Auslassungen Fleisch ers von keinem christlich organisierten Arbeiter geteilt werden könnten. Von Seiten der Regierung hielt der neue für das preussische Kriegsministerium als Minister abkommandierte General von Heeringen eine „schneidige“ Rede, die sich auf dem Kasernenhof, im Anschluß an die übliche Verlesung der Kriegsartikel vielleicht ganz nett ausgenommen hätte, im Reichstag aber nur den Konservativen und — den Nationalliberalen gefiel. —

Die dritte, von freisinniger Seite eingebrachte Interpellation über die Uebergriffe der Polizeibehörden über die Bestimmungen des neuen Versammlungsgesetzes förderte wieder eine Unsumme von polizeilichen Schikanen aller Art gegen die Einberufer politischer oder gewerkschaftlicher Versammlungen zu Tage. Da das Gebiet dieser Klagen aber so groß ist, daß wir es hier auch nicht einmal in seinen Grenzen umschreiben können, müssen wir uns darauf beschränken, zu bemerken, daß Genosse Bren, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, in umfassender Weise die polizeilichen Uebergriffe darlegte, die Regierung sich jedoch darauf beschränkte, die Beschwerdeführer — auf den Instanzenweg zu verweisen.

Versammlungs-Berichte etc.

p. Hamburg. Auf der Tagesordnung unserer Versammlung vom 30. Dezember stand die Beratung über unsere Tarifbewegung. Der Vorsitzende, Kollege Zandt, klärte die Mitglieder darüber auf, was den Vorstand veranlaßt hat, die Versammlung einzuberufen. Ihm sei vor einigen Tagen vom Vorstand des Verbandes der Maler und Lackierer die Aufforderung zugegangen, durch welche die Zahlstellenverwaltung um eine gemeinschaftliche Sitzung mit den Vertretern des Malerverbandes ersucht wurde. In der betreffenden Sitzung ist der Verwaltung nun eröffnet worden, daß in unserer Tarifbewegung eine plötzliche Wendung eingetreten sei. Bei den Verhandlungen in Berlin, über den Abschluß eines Tarifs im Malergewerbe sei von vornherein von Seiten der Arbeitgeber darauf hingearbeitet, einen Reichstarif zustande zu bringen. Die Parteien haben sich schließlich auch auf einen Reichstarif geeinigt, dessen Muster den Mitgliedern vorliegt. Der von uns, Schildermaler, eingeschickte Tarif sei infolge dessen gar nicht zur Beratung gekommen. Wollen wir aber doch einen Tarifvertrag abschließen, so kann dieses nur vom Malerverband aus geschehen, da es den Firmen die dem Arbeitgeberverband angehören, nicht möglich ist, außer den im Tarif angeführten Verbänden auch mit anderen Arbeitnehmerorganisationen Verträge abzuschließen. Auch hat der Malerverband die Innehaltung des Tarifs zu überwachen und Umgehungen desselben entgegen zu treten. Dieses ist dem Malerverband im vollen Umfange aber nur für seine Mitglieder möglich. Wollten wir also einen Tarifvertrag eingehen, so müssen wir dem Reichstarif zustimmen, Mitglied des Malerverbandes werden und in Korporation übertreten. Redner stellte hierauf diese Angelegenheit zur Diskussion. Kollege Goldwedel fragte zunächst an, ob der vorliegende Tarif für alle Ortschaften Deutschlands in Frage kommt und ob dieser Tarif schon festgelegt ist. Kollege Janotta antwortete hierauf, daß der Tarif, wie schon die Bezeichnung Reichstarif sagt, für das ganze Reich maßgebend sei und soweit er hier vorliegt, beschlossen und mit Majorität angenommen worden ist. Nur über Löhne und Arbeitszeit, welche örtlich zu regeln sind, sei noch zu verhandeln und beginnen diese Verhandlungen schon am 4. Januar 1910. Wir müßten uns heute über diesen Punkt klar werden und endgültig entscheiden. Kollege Goldwedel erklärte, daß bei genauer Durchsicht des Reichstarifs ein Vorteil für uns gegenüber den bestehenden Verhältnissen nicht zu entdecken sei. Alle Bestimmungen seien sehr behnbar, sprächen mehr zum Vorteil des Arbeitgebers und sind für uns unannehmbar. Redner berührte die Unterstützungsfrage und machte darauf aufmerksam, daß bei Uebertritt in den Malerverband auch die Arbeitslosenunterstützung in Fortfall kommt, da der Malerverband diese Einrichtung noch nicht hat. Der Kollege ersuchte, den Reichstarif und damit auch den Uebertritt abzulehnen. Kollege Zandt erwiderte, daß die Unterstützungsfrage allein für uns nicht ausschlaggebend sein darf, da eine Gewerkschaft vor allem eine Kampforganisation sein soll. Hierauf nahm Kollege Thiemer das Wort und schilderte die gute Entwicklung der Zahlstelle seit ihrer Gründung und ist der Meinung, daß sich für die Schildermaler auch auf andere Art etwas erreichen läßt, ohne sich den Kautschuckbestimmungen des Reichstarifs zu unterwerfen und zum Malerverband übertreten zu müssen. Das Interesse zur Organisation müsse immer stärker werden. Die Kollegen müssen sich mehr auf ihre eigene Kraft verlassen und selbständig vorgehen. Kollege Zandt unterzog hierauf die Bestimmungen des Reichstarifs einer scharfen Kritik und äußerte sich darauf hin, daß dieser für uns eher eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse bedeute. Bestimmungen wie sie hierin angeführt sind, sind für uns unannehmbar. Des weiteren bemerkte der Kollege, daß selbstverständlich unser Hauptvorstand von der unerwarteten Wendung in unserer Tarifbewegung unterrichtet worden ist. Der Hauptvorstand hat wieder geschrieben und will der Zahlstelle vollkommen Freiheit überlassen, die richtige Entscheidung zu treffen, hält es aber gleichfalls nicht für zweckmäßig, daß die Schildermaler zum Malerverband übertreten, da dieses nur zur Zersplitterung der Organisation in diesem Berufe führt. Auch ist der Hauptvorstand der Meinung, daß sich wohl auf anderem Wege etwas erreichen läßt, ohne dem Reichstarif zustimmen zu müssen und sagt uns für solche Fälle seine Unterstützung zu. Redner führte weiter aus, daß sich scheinbar für uns die günstigste Gelegenheit bot, zu einem Tarifvertrag zu kommen, es kann uns aber zur Ehre gereichen, wenn wir solch einen Vertrag wie den vorliegenden ablehnen. Auch Kollege Janotta befürwortete die Ablehnung und machte darauf aufmerksam, daß, sollte auf Grund der Zustimmung zum Reichstarif ein Vertrag zu Stande kommen, nur die Schildermaler Hamburgs in Frage kommen, da die auswärtigen Kollegen im Porzellanarbeiterverband organisiert sind, dieser aber keinen Einfluß auf den Vertrag hat. Redner bemerkte noch, daß wir selbst uns ja nicht zwecks Erlangung eines Tarifs an den Arbeitgeberverband für das Malergewerbe gewandt hätten. Wir fühlten uns erst dazu veranlaßt durch die Frage des Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes Deutschlands. Nachdem noch einige Kollegen einzelne Bestimmungen des Tarifs scharf verurteilt hatten, wird zur Abstimmung geschritten. Der Versammlung waren drei Fragen vorgelegt, deren Beantwortung auf Stimmzettel mit Namensunterschrift erfolgte. 1. Ist ein Tarif für unseren Beruf wünschenswert? Das wurde einstimmig bejaht. 2. Bedeutet das vorliegende Tarifmuster eine Verbesserung gegenüber den bestehenden Verhältnissen? Das wurde mit allen gegen eine Stimme verneint. 3. Sind Sie dafür, daß sich die Zahlstelle Hamburg des Porzellanarbeiterverbandes zum Zwecke eines Tarifabkommens dem Malerverbande anschließt? Das wurde einstimmig verneint. Somit ist die Frage des Reichstarifs für uns als erledigt zu betrachten. Nachdem der Vorsitzende den Mitgliedern ein reges Interesse für den Verband ans Herz gelegt und die Kollegen aufgefordert hatte, eifrig dafür zu agitieren, da wir die Sache eines Tarifvertrages noch nicht als erledigt betrachten, erfolgte Schluß der Versammlung.

b. Saargemünd. Am 9. Januar fand im Lokal Nibel die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Anwesend waren 15 Mitglieder. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, welcher ergab: Einnahme 829,80 Mk., Ausgabe 596,58 Mk. Bestand am 1. Januar 1910 82,77 Mk. Beim 12 pCt-Fonds an Einnahme 87,17 Mk., an Ausgabe 56,83 Mk. Bestand am 1. Januar 1910 30,34 Mk. Nach dem Bericht des Vorstandes fanden 1 öffentliche und 10 Verbandsversammlungen statt.

welche im Durchschnitt schlecht besucht waren. Hausagitationen wurden fünf betrieben. Es wurden insgesamt 18 Mitglieder gewonnen. Der alte Vorstand wurde wieder gewählt. Unter Verschiedenem wurde mehr Hausagitation gewünscht und soll bei den Jugendlichen mehr agitiert werden.

Sterbetafel.

Breslau. Josef Czermak, Former, geb. 28. 2. 1870, gest. 28. Januar 1910 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 11 Wochen.

Eilenberg. Paul Großpietsch, Dreher, geboren am 21. 6. 1862 in Zettig, gestorben 17. Januar 1910 an Lungenleiden.

Ohrdruf. Louis Heltzer, Dreher, geb. am 5. Juni 1848 zu Ohrdruf, gestorben am 18. Januar 1910 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 19 Monate.

Waldenburg. Robert König, Dreher, geboren am 6. 3. 1861 zu Heinersdorf bei Schwammwitz, gest. 6. Januar 1910. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 2 Monate.

Ehre ihrem Andenken!

Uersammlungs-Anzeigen

- Ahlen.** Sonnabend, 29. Januar, 1/2 9 Uhr, im Vereinslokal.
Amberg. Sonnabend, 29. Januar, 8 Uhr, auf der Alm.
Arzberg. Sonntag, 6. Februar, nachm. 2 Uhr, im Lokale. Sämtliche Bibliothekbücher mitbringen.
Auma. Sonnabend, 5. Februar, 8 Uhr, im Feldschlößchen.
Berlin. Sonnabend, 29. Januar, 8 1/2 Uhr, außerordentliche Verwaltungssitzung im Bureau. — Montag, 7. Februar, 8 1/2 Uhr, Schildermaler, Sitzung, Neue Friedrichstr. 1.
Eilenberg. Sonnabend, 12. Februar, 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Altenbürger Hofes.
Gelchwenda. Sonntag, 30. Januar, nachm. 3 Uhr, im Gasthaus zum „Thüringer Wald“.
Gellenkirchen. Sonnabend, 5. Februar, 8 Uhr, bei Fritz Keller, Ueckendorferstr. 84. Quartalsabschluss 28. Februar.
Goldlauter. Sonntag, 12. Februar, nachm. 3 Uhr, bei Gebhardt Hein.
Gräfenhain. Sonntag, 30. Januar, nachm. 3 Uhr, im Gasthof zum Steiger.
Kronach. Sonntag, 6. Februar, nachm. 3 Uhr, im „Bayrischen Hof“.
Magdeburg-Neustadt. Sonnabend, 5. Februar, 8 Uhr, im Vereinslokal, Fabrikstr. 5/6.
Oberkohau. Sonnabend, 5. Februar, im Gasthaus zur Sonne.
Oelde. Sonnabend, 5. Februar, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Osternode a. H. Sonntag, 13. Februar, 2 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“.
Pankow. Sonntag, 6. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, Berlin, Buchholzerstraße 5, bei Fleischer.
Scheibe. Sonnabend, 29. Januar, 8 Uhr, im Gasthaus zur Post.
Suhl. Sonntag, 6. Februar, nachm. 8 1/2 Uhr, in Dombergs Ansicht.
Tettau. Sonnabend, 29. Januar, 7 Uhr.
Untermhaus. Sonnabend, 12. Februar, 8 Uhr, in der Backstube.
Ungelack. Sonntag, 6. Februar, nachm. 3 Uhr, bei Oberbeck.
Uordamm. Sonntag, 30. Januar, nachm. 3 Uhr, bei B. Junge.
Weißwaller. Sonnabend, 5. Februar, 8 1/2 Uhr, im Café Zentral, Kretschmer.

Anzeigen

Aufforderung! Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, uns die Adresse des auf Reisen die befindlichen Mitgliedes 12118 Johann Zebisch zu senden. Die Zahlstellenverwaltung Meuselwitz.

BIBLIOTHEK. Da sich unsere Bibliothek mit der Zentralbibliothek hier am Orte verschmelzen hat, ist für die Mitglieder folgendes zu beachten: Bücherausgabe findet im Versammlungsheim, Neuhaldensiebenerstr., jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat von 11—1 Uhr vormittags statt, gebundene Werke haben eine Lesefrist von 8, Broschüren von 4 Wochen. Alles nähere ist im Versammlungsheim im Bibliothekreglement zu ersehen. Wir ersuchen nun alle lesebedürftigen Mitglieder, recht zahlreich davon Gebrauch zu machen. Die Bibliothekskommission.

Breslau. Die Bibliothekstunden finden von jetzt ab an den Versammlungsabenden und 14 Tage nach diesen Sonntags abends von 7 bis 8 Uhr statt.

Neustadt bei Coburg. Sonnabend, den 5. Februar, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung. Tagesordnung: „Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation.“ Referent Gauleiter Hoffmann-Amenau. Alle in der Porzellanbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierdurch eingeladen.

Uhlstädt. Den Durchreisenden zur Mitteilung, daß Unterstützung nur wochentags von abends 7 1/2 Uhr ab und Sonntags ausgezahlt wird. Karl Koller, Rückersdorf bei Uhlstädt.

Spandau. Sonnabend, 5. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Schröter, Wickersdorferstr. 5: kombinierte Versammlung der Cöpler und Porzellanarbeiter. Vortrag des Genossen Wollmann über „Verschmelzungssfrage.“

Untermhaus. Sonnabend, 5. Februar, halten die Porzellanarbeiter Untermhaus Maskenherz mit Canz in der Backstube ab, wozu alle Mitglieder der umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen sind. Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Neustadt bei Coburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

Porzellanmaler, der in Stahl-Kaltdruck, Aerograph-Spritzapparat und leichtem Handdekor bewandert ist, kann Platz in Danemart erhalten. Offerten an G. Felkenstein, Kopenhagen, Vadsbustraße 11.

Maler für Hotelgeschirr, auch Schrift, kann sofort eintreten. Off. an Arbeitsnachweis, Paul Stelzer, Offenbach am Main, Frankfurterstr. 18.

Schriftenmaler auf Apotheken-Standgefäße als Aushilfe gesucht. Auf gute Kraft wird reflektiert. Bewerber wollen ihre Adresse an G. Möller, Cassel, Joseffstr. 12, 3 Tr., einsenden.

Mädchen für die Geschirrdreherei werden sofort eingestellt. Porzellanfabrik Hermsdorf Sachsen-Mtenburg.

Maler für Auf- und Unterglasur, Farblösungen, die unter Garantie von demselben hergestellt werden können, sucht passende Stellung. Offerten unter G. M. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Former, eventuell auch als Formgießer, sucht Stellung. Selbiger ist sehr tüchtig in der Herstellung von Modellen für Terrakotta. Offerten unter S. J. 18 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Kapseldreher, welcher in der Herstellung aller Arten Kapseln, echter, ovaler, als auch in der Anfertigung großer Muffeln firm ist, sucht baldigst dauernde Stellung. Offerten unter A. B. 100 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Schmelzer, für Zug- und deutsche Muffel, sucht baldigst dauernde Stellung. Größere Schmelzmalerei bevorzugt. Off. unter G. R. 100 an die Redaktion der Ameise erbeten.

2 Dreher, (eventuell als Gießer), suchen Stellung auf Porzellan, Hohl- oder Flachgeschirr. Offerten unter D. G. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Former, Retoucheur und Modellgießer sucht für sofort Stellung. Suchender ist auch firm in der Einrichtung und Herstellung von wetterfesten modernen Terrakotta-Grotenfiguren usw. Offerten erbeten unter B. 2110 an die Redaktion der „Ameise“.

Maler für Hotelgeschirr. Auch in allen Arten Dekoren bewandert, sucht baldigst Stellung. Offerten unter R. S. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Beitzelle 80 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-------------------------------

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. H. Haupt, Dresden-A., Eisenaustr. 6.

Goldschmied, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. C. F. Köhne, Chemnitz, Meistestes Geschäft dieser Art. 11. Regentafelstr. 3/4 zu achten!

Osterweinst. 32	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle	Osterweinst. 32

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Bergolberei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung, Oskar Rottmann, Stabilm'i. Thür.

Zur gefl. Beachtung! Für die Postbezieher sind die Nummern 4 und 5 der „Ameise“ nur je 4 Seiten stark. Die Redaktion.

Gerausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.